

Buchbesprechungen

Michael Carlberg: Makroökonomische Szenarien für das vereinigte Deutschland. Physica-Verlag, Heidelberg 1994, 216 S.

Bekanntlich ist es sehr einfach, ein Modell zu komplizieren, aber sehr kompliziert, ein Modell zu vereinfachen. Die Arbeiten von *Carlberg* zeichnen sich von jeher dadurch aus, komplexe makroökonomische Zusammenhänge in ihrem theoretischen Kern zu analysieren. Dieser Grundlinie ist er auch in seiner jüngsten Monographie treu geblieben, in der er sich mit den makroökonomischen Anpassungsprozessen auseinandersetzt, die der „Vereinigungs-Schock“ in Ost- und Westdeutschland ausgelöst hat. Die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitik dazu beitragen kann, das wohl unvermeidliche Jammertal Arbeitslosigkeit möglichst rasch wieder zu verlassen, bildet den zweiten inhaltlichen Schwerpunkt dieser Monographie.

In der Einleitung macht *Carlberg* explizit deutlich, was der Leser nicht erwarten sollte. Es werden keine wirtschaftspolitischen Patentrezepte erarbeitet bzw. propagiert, und es werden keine numerischen Simulationen vorgenommen hinsichtlich der „wahrscheinlichen“ Entwicklung makroökonomischer Variablen wie Produktion und Beschäftigung in Ost- bzw. Westdeutschland. Erwarten kann der Leser hingegen einen aus theoretischer Sicht formulierten Beitrag zur aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion um die Vereinigung.

Aus ostdeutscher Sicht stellt sich die Vereinigung als Summe zahlreicher Schocks dar: Terms-of-trade-Schock, Nachfrageschock, Lohnschock. Aus westdeutscher Sicht hingegen, und hier schließt sich *Carlberg* einer Interpretation von *H. Siebert* an, ist die Vereinigung in erster Linie als Arbeitsangebotsschock anzusehen, da den rund neun Millionen zusätzlichen Arbeitskräften kein entsprechender Zuwachs des privaten und des öffentlichen Kapitalstocks gegenübersteht. Diese Sichtweise ist sicherlich problemadäquat, wenngleich auf den von *H. W. Sinn* so betonten Aspekt hinzuweisen ist, daß ein großer Teil der Kapitalstockentwertung auf die exorbitanten ostdeutschen Lohnerhöhungen zurückzuführen und damit hausgemacht ist. *Carlberg* geht auf diese Interdependenzen nicht ein, sondern konzentriert sich gänzlich auf die Interpretation als Arbeitsangebotsschock.

Die Monographie untergliedert sich in zwei annähernd gleichgewichtige Teile. Teil I betrachtet eine kleine offene Volkswirtschaft, wobei zwischen einem System fester und einem System flexibler Wechselkurse unterschieden wird. Teil II diskutiert verschiedene Modellerweiterungen (u.a. Zwei-Länder-Modell, öffentliche Investitionen, Subventionierung privater Investitionen). Ausgangspunkt der Überlegungen bildet das langfristige Gleichgewicht einer stationären Volkswirtschaft, das insbesondere durch Vollbeschäftigung, einen ausgeglichenen Staatshaushalt sowie durch eine ausgeglichene Leistungsbilanz gekennzeichnet ist. Kommt es nun zu einem Arbeitsangebotsschock, so bewegt sich die Volkswirtschaft über eine

Sequenz kurzfristiger Gleichgewichte, die innerhalb eines AD/AS-Modells à la Dornbusch/Fischer entwickelt werden, hin zum neuen langfristigen Gleichgewicht. Die Dynamik des Anpassungsprozesses ist ausgesprochen komplex, denn mit den Bewegungsgleichungen für den Kapitalstock, den Staatsschuldenstand, die Auslandsverschuldung sowie den Lohnsatz resultiert ein System von vier Differentialgleichungen. Erfreulicherweise erläßt es *Carlberg* dem Leser, für jedes betrachtete Szenario den formalen Beweis bezüglich Existenz und Stabilität des Gleichgewichts nachzuvollziehen. Die formale Struktur des Modells ist weitestgehend in den Anhang verbannt und basiert im wesentlichen auf einer früheren Arbeit (*M. Carlberg*, *Open Economy Dynamics*, Heidelberg 1993). Die Skizzierung der Anpassungsprozesse geschieht primär verbal und graphisch.

Zunächst wird ein System flexibler Wechselkurse unterstellt. Steigt das Arbeitsangebot, so impliziert dies über die kurzfristige Arbeitslosigkeit einen fallenden Lohn und infolge des Wettbewerbs auf den Gütermärkten einen fallenden Preis. Es kommt zu einer Abwertung der D-Mark, die aufgrund der tendenziellen Zinssenkung noch durch Kapitalexporte verstärkt wird. Der resultierende Aufbau von Auslandsvermögen schwächt sich ab bzw. kehrt sich um, wenn die Abwertung die inländische Produktion und damit auch die Güterimporte angekurbelt hat. Gemäß dem Kapitalstockanpassungsprinzip bewirkt die erhöhte Produktion eine forcierte Investitionstätigkeit. Das neue langfristige Gleichgewicht ist im Modell ohne Staat stabil, im Modell mit Staat hingegen instabil, da die erhöhten Steuereinnahmen zu einem immerwährenden Anstieg des Budgetüberschusses führen. Diese Instabilität kann durch eine Politik des ausgeglichenen Budgets beseitigt werden. Im Modell fester Wechselkurse ergeben sich prinzipiell dieselben Wirkungsabläufe, allerdings ist hier natürlich der nominale Wechselkurs durch die Geldmenge als endogene Größe zu ersetzen.

Die Analyse verschiedener Politikmaßnahmen zeigt, daß Vollbeschäftigung über eine restriktive Lohnpolitik, aber auch über eine expansive Geldpolitik (flexible Wechselkurse) und eine steuerfinanzierte expansive Fiskalpolitik (feste Wechselkurse) erreicht werden kann. Konsequenterweise empfiehlt *Carlberg* als Ausweg aus der ost- und westdeutschen Arbeitslosigkeit den abgestimmten Einsatz dieser Instrumente. Die Tatsache, daß Lohn- und Nachfragepolitik als gute Substitute anzusehen sind, bereitet zumindest dem Rezensenten einige Bauchschmerzen. Zunächst einmal sind bei einem Arbeitsangebotsschock in erster Linie die Tarifparteien gefordert. Die staatliche Beschäftigungspolitik kann (und muß) den Anpassungsprozeß zwar unterstützen, aber gemäß dem Grundsatz, wonach Nachfrageschocks eine Nachfrage- und Angebotschocks eine Angebotspolitik verlangen, hat dies primär mittels Angebotspolitik zu geschehen. Die Erfahrungen in den ersten Jahren nach der Vereinigung haben zudem – über die hinlänglich bekannten Einwände hinaus – einen weiteren Wirkungsmechanismus zutage gefördert, der die Wirksamkeit der Nachfragepolitik tendenziell konterkariert. Entläßt der Staat die Tarifparteien aus ihrer Verantwortung für die Beschäftigung und firmiert via sich entsprechender Nachfragepolitik gewissermaßen als employer of last resort, so ist dies für Gewerkschaften und Unternehmen eine Einladung zu einem „free lunch“, sprich zu Lohnerhöhungen, die nicht mit Beschäftigungseinbußen erkaufte werden müssen. Kurzum: Eine expansive Nachfragepolitik läuft Gefahr, einen abermaligen kontraktiven Angebotschock zu erzeugen.

Wie bereits erwähnt, vertieft Teil II des Buches verschiedene Teilaspekte des makroökonomischen Anpassungsprozesses. An dieser Stelle soll lediglich auf die Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit sowie auf die Subventionierung privater Investitionen eingegangen werden. *Carlberg* weist in aller Klarheit darauf hin, daß die De-facto-Vernichtung des Kapitalstocks ein massives Hindernis für den wirtschaftlichen Aufschwung Ostdeutschlands darstellt. Stößt eine forcierte Nachfrage nach ostdeutschen Produkten auf eine geringe Produktionskapazität, so bleiben zumindest kurzfristig die erhofften Mengeneffekte aus (kurzfristig ist die Produktionsfunktion limitational), und die erhöhte Nachfrage verpufft primär in Preissteigerungen. Um diesen den Anpassungsprozeß verzögernden Effekt abzumildern, ist eine Zurückdrängung der konsumtiven Bestandteile der Güternachfrage zugunsten der Investitionen vonnöten. Ist die Subventionierung privater Investitionen in Ostdeutschland ein diesbezüglich geeignetes Instrument? *Carlbergs* Antwort: Ja und nein! Auf diese Weise gelingt zwar kurzfristig der gewünschte Produktions- und Kapazitätsanstieg in Ostdeutschland, allerdings ist aufgrund der relativen Schlechterstellung Westdeutschlands dort ein Produktionsrückgang zu verzeichnen. Langfristig ist die Subventionierung der Investitionen gar kontraproduktiv, denn die zur Finanzierung der Subventionen notwendigen Steuern reduzieren die Ersparnisse der privaten Haushalte und senken mithin auch das Volumen der Investitionen.

Insgesamt ist *Carlbergs* Arbeit eine präzise theoretische Analyse in einem klar abgesteckten Modellrahmen. Das gänzliche Fehlen institutioneller Gegebenheiten erlaubt eine Konzentration auf fundamentale Wirkungszusammenhänge. Der primär wirtschaftspolitisch orientierte Leser mag dies zwar als Manko empfinden, aber letztlich handelt es sich hierbei eher um den Ausdruck einer effizienten Arbeitsteilung innerhalb der ökonomischen Forschung. Wie *Carlberg* selbst formuliert, ist er nicht angetreten, um ein wirtschaftspolitisches Patentrezept zu entwickeln, sondern ihm geht es darum, die theoretischen Grundlagen der Diskussion um die ökonomischen Implikationen der Vereinigung zu vertiefen. Und genau dies leistet seine Monographie – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Jochen Michaelis, Freiburg und London

Joh. Heinrich von Stein (Hrsg.): Banken in Japan heute. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main 1994, 584 S.

So sehr Japan als Wirtschaftsmacht im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Diskussionen steht, so wenig gibt es – abgesehen von Exportüberschüssen, Kaizen und Lean Production – in westlichen Sprachen an Informationen zu Einzelaspekten der japanischen Wirtschaft und der Funktionsweise ihrer verschiedenen Bereiche. Das gilt auch und gerade für den Bankensektor, was erstaunt, wenn man bedenkt, daß japanische Banken und Wertpapierhäuser zu den größten der Welt zählen und das Finanzgeschehen nicht nur in Asien, sondern auch in den USA und Europa in weiten Teilen dominieren.

Dieses Informationsdefizit wird mit dem vorliegenden Band „Banken in Japan heute“ zumindest im deutschen Sprachraum abgebaut. Wie im Vorwort bemerkt, ist im Finanzbereich vieles in Ost und West weitgehend identisch oder – so

möchte man hinzufügen – zumindest ähnlich. Strukturen und Institutionen des japanischen Bankensystems, des Kapitalmarktes und der staatlichen Lenkung des Geld- und Börsenwesens finden sich so oder abgewandelt auch in anderen großen Industriestaaten. Vieles ist, wie beispielsweise das japanische Notenbankgesetz, das an das ehemalige deutsche Reichsbankgesetz angelehnt wurde, oder das Trennbankensystem nach US-amerikanischem Vorbild, direkt aus dem Westen übernommen.

Das heißt nicht, daß die Formen nicht im Laufe der Jahre mit eigenen, speziell japanischen Inhalten gefüllt wurden. Gerade jene – und nicht nur die Verhaltensweisen und Gegebenheiten, die von außen unmittelbar erkennbar und den Erwartungen gemäß „anders“ sind – machen die Einschätzung von Zusammenhängen und Entwicklungen besonders schwer – im Finanzsektor wie in anderen Bereichen. Hier die notwendigen Kenntnisse zu vermitteln und so eine Beurteilung und den Zugang zu jener fremden Geschäftswelt zu erleichtern, ist das Verdienst dieses umfangreichen Sammelbandes.

Der Herausgeber hat es in bewundernswerter Weise verstanden, Vertreter aus Wissenschaft und Praxis gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen und dem Leser ein breites Spektrum von Fakten, aber auch von Interpretationen und Meinungen aus den verschiedensten Blickwinkeln zu bieten, wobei auch kritische – und manchmal höchst polemische – Stimmen nicht fehlen. Die Liste der Autoren liest sich in Teilen wie der Auszug aus einem Who Is Who zum Thema Japanwirtschaft. Hier finden sich neben Professoren wie dem langjährigen führenden Experten für japanische Politik in Deutschland Manfred Pohl (Universität Hamburg und Institut für Asienkunde) und dem Ökonomen Helmut Becker (Sophia Universität, Tokio, und Börsen-Zeitung) die Bank- und Börsenspezialisten Georg Bissen (Leiter der Westdeutschen Landesbank Tokio) und Walter Paul (Leiter der Abteilung Kapitalmarkt der BASF) sowie Dirk Vaubel (Präsident von Roland Berger, Vaubel & Partner Ltd., Tokio) – um nur einige zu nennen. Autoren sind nicht nur Deutsche. Beigetragen haben unter anderem Kenneth Courtis (Universität Tokio und Deutsche Bank Asia) und Masasuke Ide (Nomura Research Institute) sowie der ehemalige Angehörige des japanischen Finanzministeriums Takashi Hinata und der Wirtschaftsprüfer und Partner der Arthur Andersen & Co., Tokio, Yasuo Shimizu.

Breit gefächert ist auch der Inhalt der einzelnen Aufsätze. Der Band gliedert sich grob in vier Kapitel. Das erste befaßt sich im weitesten Sinne mit den Rahmenbedingungen für das Bankgeschäft. Hervorzuheben sind hier vor allem die politischen Konstellationen, die Banken in Japan vorfinden, und das Zusammenspiel zwischen „Finanzpolitik und Finanzierung von Politik“, wie es im Untertitel des Beitrags von Manfred Pohl heißt. Besonderheiten ergeben sich ferner aus der Einbindung von Banken in die großen wirtschaftlichen Verbundgruppen (Keiretsu) sowie aus rechtlichen Konstellationen, wie sie etwa Harald Baum, Experte für japanisches Finanzmarktrecht und Mitherausgeber eines jüngst erschienenen vielbeachteten Werkes über japanisches Handels- und Wirtschaftsrecht,¹ in seinem Beitrag über Rechtsformen und Entscheidungsstrukturen japanischer Unternehmen darstellt.

¹ Harald Baum, Ulrich Drobnig (Hrsg.): *Japanisches Handels- und Wirtschaftsrecht*, Berlin 1994.

Das zweite Kapitel befaßt sich dann mit dem Bankgeschäft im einzelnen. Nach einer Einführung in die Grundzüge des japanischen Bankensystems reichen die Themen hier von der Unternehmenskultur japanischer Banken über die Frage, wie ausländische Institute in Japan Kundenbeziehungen aufbauen können, bis hin zu so speziellen Aspekten wie der Einlagensicherung in Japan oder der Eigenmittelausstattung japanischer Banken im Hinblick auf die entsprechenden Regeln der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – Themen, die angesichts der jüngsten weltweiten Diskussion um die Risiken im Bankgeschäft durch neue Finanzierungsinstrumente oder Unvollkommenheiten in den großen Interbankzahlungssystemen von höchster Aktualität sind.

In dem dritten Kapitel steht der staatliche Einfluß auf das japanische Bankensystem im Mittelpunkt. Dies ist unter anderem ein brennendes Thema in internationalen Handelskonflikten, das von der Atmosphäre dort nicht unberührt bleibt. So sehr japanische Banken auf den internationalen Märkten präsent sind, so schwer tun sich ausländische Banken in Japan, die sich seit Jahren einem kaum entwirrbaren Geflecht aus Marktzugangsbeschränkungen und informellen Hemmnissen einer allmächtigen Bürokratie gegenübersehen. Das macht die harsche Kritik, die etwa Helmut Becker in seinem Beitrag über „Administrative Nebel über Japans Finanzmarkt“ an den bestehenden Verhältnissen übt, verständlich. Gerade weil aber diese Kritik in weiten Teilen im Kern berechtigt ist – auch wenn eine jüngst in den USA erstellte Studie zeigt, daß die Banken selbst auf dem japanischen Markt vor Zeiten einiges versäumt haben² –, ist es schade, wenn, wie in diesem Fall, wertvolle Informationen in einem Schwall von Empörung unterzugehen drohen.

Wohlthuend sachlich hebt sich dagegen der Beitrag von Klaus Päben, dem Repräsentanten der Deutschen Bundesbank in Tokio, ab. Sein Thema ist die Rolle der Bank von Japan im japanischen Finanzsystem. Nicht, daß nicht auch hier – wie übrigens in nahezu allen Beiträgen – kritische Töne anklingen, etwa, wenn in der Beziehung zwischen der Bank und dem Finanzministerium die „ungewöhnliche Machtfülle“ des letzteren geschildert wird. Der Schwerpunkt liegt jedoch eindeutig auf der Vermittlung von Kenntnissen über institutionelle Zusammenhänge und über Ziele und Aufgaben der Bank. Besonders aufschlußreich ist dabei die Gegenüberstellung ihrer Organisationsstruktur vor und nach Mai 1990, die einen Überblick über die Verschiebung der Schwerpunkte der Geldpolitik in einem durch Deregulierung und Globalisierung der Finanzmärkte veränderten Umfeld gibt. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Beitrag von Ulrike Schaede (Universität San Diego) in demselben Kapitel zum Thema Finanzinnovation und Regulierung, der einige der Entwicklungen nachzeichnet, auch wenn er nur den Stand bis 1991 verfolgt.

Den Abschluß des Buches bildet ein Kapitel, das sich mit den volkswirtschaftlichen Aspekten des japanischen Finanzsystems beschäftigt. Kenneth Courtis zeichnet hier eine Vision für ein Asien in den 90er Jahren und die Rolle, die Japan darin zukommt. Masasuke Ide stellt einen Zusammenhang her zwischen dem Finanzsystem und der bisherigen und zukünftigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit japanischer Großunternehmen. Weitere Themen konzentrieren sich auf

² J. Robert Brown, Jr.: *Opening Japan's Financial Markets*, London 1994.

Einzelaspekte wie die Zukunftsaussichten für den japanischen Kapitalmarkt, die Überkreuzverflechtungen großer Unternehmensgruppen und die Rolle von Investment Trusts in Japan. Besonders interessant liest sich ein Beitrag von Walter Paul, der die Umstände einer Börseneinführung eines deutschen Unternehmens in Tokio schildert und zahlreiche Informationen, die dafür direkt oder am Rande von Bedeutung sind, gibt.

Insgesamt also ein nicht nur notwendiges, sondern auch äußerst befriedigendes Buch, dessen Beiträge, ergänzt um ein ausführliches Stichwortverzeichnis, meist von hoher Qualität sind. Sein größter Nachteil ist der Preis. Er dürfte es etwa für Studierende der Wirtschaftswissenschaften und der modernen Japanologie in aller Regel unerschwinglich machen. Schade – wäre das doch gerade der Kreis von Lesern, der vielleicht den größten Nutzen hieraus ziehen könnte und über dessen mangelnde Kenntnisse in dem Bereich allenthalben geklagt wird. Der allgemeine Wert wird dadurch allerdings kaum geschmälert.

Beate Reszat, Hamburg